

Ercheint wöchentlich
einmal: Freitag.
Anzeigen: Die stiftungsbaltene
Beitragte 40 Pfg.
Für die Ortsvereine 10 Pfg.
Im Abonnement nach
Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement
vierteljährlich 1,- Mark
bei jedem Postamt und in der
Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungspreislifte.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (s.-D.)

Nr. 4

Berlin, den 26. Januar 1912

23. Jahrg.

Fernsprech - Amt
Königsstadt, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an E. Bleicher, Greifswalderstr. 221/223,
Geldsendungen an W. Zieffe, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.

Fernsprech - Amt
Königsstadt, 4720

Inhaltsverzeichnis. Wird es anders werden? — Die Arbeiterbildungsbestrebungen in England. — Der obligatorisch-paritätische Nachweis, wie er heute ist, aber nicht sein soll. — Rundschau: Ein Rundschreiben des Reichsversicherungsamtes an die Berufsvereinigungen. — Vom Segen der Betriebsrentenkassen. — Die Erörterung politischer Angelegenheiten. — Feuilleton: Das Umwandeln der Oberfläche und des Gefüges von Kuchholz. — Technisches. — Patentschau. — Hygienisches. — Aus den Ortsvereinen: Berlin. — Literarisches. — Bekanntmachungen des Hauptvorstandes. — Anzeigen.

Wird es anders werden?

Wenn diese Nummer in die Hände der Leser kommt, sind auch die letzten Stichwahlen erledigt und dann wird es erst möglich sein, klar zu sehen, ob es in Deutschland anders werden wird.

So wie die Dinge bis jetzt liegen, sieht es beinahe aus, als ob die viel bekämpfte schwarz-blaue Mehrheit auch in dem neuen Reichstag dominieren werde. Sollte dieses zutreffen, dann dürften auch die deutschen Arbeiter eine weitere Ruß zu machen bekommen. Zu der jetzt schon vorhandenen Leutung würde wahrscheinlich der von Herrn von Seydebrand und v. d. Vasa geforderte lädenlose Zolltarif eine Erweiterung bedeuten, sodaß die Arbeiter jedenfalls ganz bedeutend mit den neu vorgelegenen Vorken bedacht würden. Denn daß die Mehrheit des verstorbenen Reichstages, sollte es ihr gelingen, die Macht wieder in die Hände zu bekommen, die Vorken den besitzenden Klassen aufhalsen würde, bezweifeln wir außerordentlich.

Wenn diese Parteien jetzt mit allen Mitteln kämpfen, um ihre Macht zu erhalten, so ist das psychologisch verständlich. Nicht verständlich ist es aber, wenn diese Parteien noch von den Wählern Stimmen erhalten, die so schwer von dieser Politik belastet wurden.

In der gesamten reaktionären Presse konnte man nach den Hauptwahlen die Angst vor dem Anwachsen der Stimmenzahl der linksstehenden Parteien herauslesen. Insbesondere ist es die Angst vor der Sozialdemokratie, welche die Regierung mit dem schwarz-blauen Block den Versuch einer Sammlung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie machen ließ. An der Standhaftigkeit der liberalen Parteien scheiterte diese Regierungsmache. Es muß hier betont werden, daß wir die linksliberalen Parteien lange nicht so zierlicher marschieren sahen, wie gegenwärtig. Das zielbewußte Kommando, der Feind steht rechts, hat auch bei den ersten Stichwahlen gewirkt. Wenn nicht alle Wähler dieser Parteien, hauptsächlich in rein ländlichen Wahlkreisen, sich lädenlos dieser Parole angeschlossen haben, so dürfte das in solchen Wahlkreisen durch den dort vielfach geübten Terrorismus der reaktionären Parteien begründet sein. Trotzdem zeigen die geringen Majoritätsziffern, mit welchen die Herren vom Schnapsblock in den Stichwahlen siegen, wie heiß der Kampf tobte, mit welcher Erbitterung derselbe geführt wurde.

Da und dort hat auch die bisherige Haltung der Sozialdemokratie in nationalen Fragen, die zur bürgerlichen Linken haltenden Wähler abgehalten, für den Sozialdemokraten zu stimmen und so dem schwarz-blauen Kandidaten direkt oder indirekt zum Siege verholfen. Andererseits sind es aber auch die schlechten organisatorischen Verhältnisse innerhalb der liberalen Parteien. Aber nicht nur dies allein ist die Schuld an dem bisherigen Mißfall der Wahlen, sondern die geringe Verständigung unter diesen Parteien dürfte viel zu diesem Resultat beigetragen haben. Auch die demokratische Vereinigung, die vor 4 Jahren mit soviel Aufsehen gegründet wurde und insbesondere in einer Reihe von Städten Anhänger bei den Gewerksvereinen fand, hat geradezu läglich abgeschnitten. Ganze 28000 Stimmen haben sie im Reiche gezählt. Das Wort Raumanns nach den Wahlen 1903: „zwischen der Sozialdemokratie und dem Liberalismus ist kein Platz für eine andere Partei“ hat sich auch hier wieder bewahrheitet. Mit radikalen Redefloskeln und Gefühlsmeierei kann man keine Politik machen, das wollen wir alle uns merken. Ob es anders werden wird in unserer Wirtschaft- und Steuerpolitik nach dem 25. Januar, muß noch abgewartet werden. Heute darüber schon eine Diagnose abzugeben, halten wir für verfrüht. Jedenfalls aber muß es Aufgabe des neuen Reichstages sein, eine Politik zu treiben, die eine gerechte Verteilung der Lasten des Reiches vornimmt und vor allen Dingen die Konsumtion des kleinen Mannes nicht erschwert, sondern erleichtert.

indem man nicht durch einen weiteren Ausbau des Schutzes die Lebensmittelpreise weiter steigert, wodurch der Konsum eingeschränkt und dadurch die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiterschaft herabgedrückt wird. Unsere Konkurrenten auf dem Weltmarkte sind England und Amerika. Wenn wir mit diesen beiden Konkurrenten leistungsfähig bleiben wollen, dann muß es die erste Aufgabe des Staates sein, der industriellen Bevölkerung die Lebenshaltung nichterschwern, sondern zu erleichtern.

Sieht doch der deutsche Arbeiter seinen englischen und amerikanischen Kollegen in der Lebenshaltung weit nach. Insbesondere ist es der Fleischgenuß der dort überwiegt, wie mir aus einem Aufsatz der englischen Zeitschrift „Economic“ entnehmen. Darnach kommen auf den Kopf der englischen Bevölkerung nach deutschem Gewichte durchschnittlich 55 Pfund Rindfleisch, 27 Pfund Schweinefleisch und 30 Pfund Hammelfleisch. Dazu werden auf den Kopf der Einwohner Londons 140 Pfund Fisch gerechnet. Im Jahre 1910 wurden 611000 Tonnen Fleisch vornehmlich aus Australien und Argentinien eingeführt, während der Gesamtverbrauch in den vereinigten Königreichen an Rind- und Hammelfleisch 1813000 Tonnen betrug, davon 61 Proz. Einheimisches. Der Großhandelspreis — immer in deutschen Pfund berechnet — stellte sich in London für Hammelfleisch auf 9 1/2 — 42 Pfennig, für Rindfleisch auf 18 — 41 Pfg. Dagegen betrug der Großhandelsfleischpreis in Berlin für zweite Qualität Rind- und Hammelfleisch für das erstere 77 Pfg. und für das letztere 75 Pfg. pro Pfund. Das Landesamt für Württemberg hat ermittelt, daß der Badenpreis im September für Rindfleisch sogar 90 Pfg. und für Hammelfleisch 78 Pfg. pro Pfund betragen hat.

In Berlin und London sind im September vorigen Jahres die Durchschnittsladenverkaufspreise für Fleisch festgestellt worden, welche, wie nachstehende Tabelle beweist, die überraschende Tatsache ergab, daß in London das Pfund Fleisch durchschnittlich um die Hälfte billiger ist als in Berlin. Es kostet das Pfund:

	Zweite Qualität in:		Erste Qualität in:	
	Berlin:	London:	Berlin:	London:
Rindfleisch	92 Pfg.	48 Pfg.	114 Pfg.	66 Pfg.
Hammelfleisch	98 „	43 „	101 „	50 „
Frisches Schweinefleisch	83 „	45 „	93 „	58 „
Geräucherter Schweinefleisch	107 „	50 „	120 „	67 „
Rindfleisch	92 „	42 „	104 „	54 „

Während also der englische Arbeiter dank der freien Einfuhr des Fleisches, wodurch der Preis desselben auf einer erschwinglichen Höhe gehalten wird, in der Lage ist, sich mit ausreichender Fleischnahrung zu versorgen, muß der deutsche Arbeiter bei den horrenden Preisen auf den Fleischgenuß verzichten und dadurch seine Ernährung, indem er gezwungen ist, zu minderwertigen Surrogaten zu greifen, herabdrücken.

Auch der amerikanische Arbeiter ist weit besser daran als der deutsche. Als Zeugen hierfür wollen wir die gewiß unverdächtige und nicht zu Gunsten der Arbeiter votierende Zeitschrift „Die Stein- und Draunthole“, das Fachblatt für die Interessen der gesamten Kohlen- und Maschinenindustrie, zitieren. Dieses Blatt schreibt in seiner Nr. 21 vom 1. November 1911 über das volkswirtschaftlich gewiß sehr wichtige Kapitel der Ernährungsweise wie folgt: Der amerikanische Arbeiter lebt viel besser als der deutsche, vor allem ist es die viel bessere Zusammensetzung der Nahrung, was die amerikanischen Verhältnisse kennzeichnet. Wie wir einem Aufsatz von Prof. Sombart entnehmen, steht obenan der Fleischgenuß, der meistens viel größer ist als bei uns, daneben werden viel Früchte konsumiert und massenhaft Zucker, während sich Brot und Mehl in normalen Grenzen halten, die Kartoffel zurücktritt, Eier, Milch, Gemüse aber auch keine hervorragende Rolle spielen, Butter dagegen wieder vorherrscht. Im ganzen nähert sich die Kost des amerikanischen Arbeiters mehr der unserer wohlhabenden Bürgerkreise, während die des deutschen Arbeiters mit ihrem vorwiegenden Kartoffel- und Brotbestand, ihrem geringen Fleischgehalte gar keine Ähnlichkeit mit der des amerikanischen Arbeiters hat. In 2567 untersuchten amerikanischen Familien betrug der Verbrauch an frischem und gesalzenem Fleisch, Geflügel und Fisch jährlich 316,4 kg, bei den Karlsruher Industriearbeitern dagegen an Fleisch und Butter zusammen nur 112 kg. Dafür verpeiften diese 647 kg Kartoffeln im Jahre, die Amerikaner aber nur 376.

Die Deutschen Schwarz- und Weißbrot 714 kg, die Amerikaner 252. Mehl konsumierten die Deutschen 91, die Amerikaner 227. Butter jene 20, diese 40, Zucker jene 31, diese 30 kg. Der hohe Mehl- und Zuckerverbrauch deutet auf die Gemohnheit des Amerikaners, viel Mehlspeisen und Puddings zu verzehren, woran es im Haushalte des deutschen Arbeiters so gut wie völlig mangelt. In einem Punkt ist der deutsche Arbeiter seinem amerikanischen Kollegen über, das ist der Konsum von Alkohol. Das Ausgabebudget der 2567 Arbeiterfamilien weist nämlich im Durchschnitt nur 12,4 Dollar, also rund 50 M. für alkoholische Getränke, oder, wie der Amerikaner sagt, für vergiftende Flüssigkeiten auf. Das macht bei einer Gesamtausgabe von 768 Dollars 1,62 Proz. Dagegen bei den Nürnbergern 156 M. oder fast 10 Proz., bei den Karlsruhern gar 219 M. oder 21,5 Proz. der Gesamtausgaben und 12,6 Proz. der Gesamtausgaben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Bier, das den Löwenanteil an diesem Ausgabebudget hat, in Amerika mehr als doppelt so teuer ist als bei uns. Man zahlt in jeder Bar für 1/4 Liter 5 Cents, also 20 Pfg. Der Deutsche konsumiert also nach den obigen Ziffern, die allerdings Süddeutschland entnommen sind, sechs- bis zehnmal soviel Geflügel wie seine amerikanischen Brüder. Auch wohnt der amerikanische Arbeiter besser als der deutsche. Sicher liegt der Durchschnitt der Zimmerzahl, über die die amerikanische Arbeiterfamilie verfügt, nicht weit unter vier, während man in Deutschland einen Durchschnitt von höchstens zwei annehmen darf. Für die viel ausgiebigere Befriedigung seines Wohnungsbedürfnisses zahlt nun der amerikanische Arbeiter kaum absolut mehr als der deutsche für seine so viel kleinere Wohnung, sicher aber einen viel kleineren Teil seines Lohnes.

Diese hier gezogenen Vergleiche zwischen den Lebensmittelpreisen und der Lebensweise in Deutschland, England und Amerika regen in jeder Beziehung zu ernstem Nachdenken an. Das Urteil kann nur zuungunsten des deutschen Arbeiters ausfallen, sein Standard ist ein wesentlich schlechterer, während er in der Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit hinter den Arbeiter Englands und Amerikas nicht zurückbleibt.

Diese ungünstige Lage der Lebenshaltung ist vor allen Dingen der im deutschen Reiche geübten Zoll- und Steuerpolitik zuzuschreiben. An den deutschen Wählern wird es liegen, so zu stimmen, daß es anders werden muß. Wer es ernst mit dem Volkswohl meint und nicht nur eine Privilegienpolitik treiben will, der muß dafür eintreten, daß mit dem jetzt vorhandenen Wirtschaftssystem gebrochen wird.

Die Arbeiterbildungsbestrebungen in England.

Von Dr. Ernst Schulte, Hamburg-Großhorstel.

Die Gewerksvereine (Trade Unions) haben ursprünglich bestimmte Beziehungen zum Volksbildungswesen nicht gehabt, während die Geschichte der Genossenschaftsbewegung von Anfang an davon unzertrennlich ist. Inbessen haben sich doch auch die Gewerksvereine wiederholt mit der Bildungsfrage beschäftigt. So nahm der Gewerksvereinskongreß des Jahres 1884 eine Resolution zugunsten der freien öffentlichen Bibliotheken an.

Daß das Interesse für Bildungsfragen in den Kreisen der Gewerkschaften heute vielleicht mit besonderer Stärke lebt, haben gewisse Tatsachen gezeigt, die zu der Gründung des Ruskin College in Oxford geführt haben. Man wünschte in Arbeiterkreisen, in dieser Universitätsstadt (neben Cambridge der ältesten Städte der Gelehrsamkeit und der wissenschaftlichen Forschung in England) eine eigene Anstalt zu haben, in welche sich solche Arbeiter, die sich eine tiefere Bildung aneignen wollen, begeben könnten, um dort systematischen Studien obzuliegen.

Das „Ruskin College“ war ausdrücklich für solche Arbeiter bestimmt worden, die sich eine höhere Bildung zu dem Zweck aneignen wollen, sie für die Leitung der Arbeiterklasse selbst zu benutzen. Die bisherigen Erfolge des 1899 eröffneten College scheinen dieser Meinung recht zu geben. Die Zuhörer bleiben gewöhnlich ein Jahr dort. Das Gebäude bietet Raum für etwa 36 Klassen. Sie sind sämtlich Arbeiter. Ursprünglich waren die Beziehungen der übrigen Colleges in Oxford zu diesem „Arbeitercollege“ („Labour College“), das so plötzlich in ihre Mitte

gelegt worden war, keineswegs freundlich. Indessen haben sich schon nach wenigen Jahren zunächst annehmbare, dann sogar sehr freundliche Beziehungen herausgestellt — sowohl Beziehungen der Professoren zu dem Ruskin College als auch der eigentlichen Studenten hierher, obwohl sie anfänglich von den Arbeiterstudenten nichts wissen wollten.

Für die Begründung dieses Kollegs ist fast ausschließlich aus Arbeiterkreisen gesorgt worden. Drei Jahre hindurch haben etwa 100000 Arbeiter, sämtlich Mitglieder der „Amalgamated Society of Engineers“, sich selbst eine Extrasteuer auferlegt, um die Ausführung des Planes zu ermöglichen. So ist eine Summe zusammengekommen, deren Zinsen mehr als 60000 M. jährlich ergeben. Infolgedessen hat der genannte Gewerksverein das Recht, regelmäßig 6 Mitglieder ein Jahr lang in dem College studieren zu lassen. — Kleinere Summen, die jedoch an sich ebenfalls recht bedeutend waren, sind dem Ruskin College von anderen Gewerksvereinen zugesprochen: so z. B. von der „London Society of Compositors“, von der „Lanarkshire Miners' Country Union“, von der „Amalgamated Association of Beavers, Twisters and Drawers“, von der Gewerkschaft der Bergarbeiter von Derbyshire, von dem gleichen Verein in Durham. Ebenso hat die „Amalgamated Society of Railway Servants“ zu dem Baufonds des Ruskin College 300 £ beigetragen und außerdem 3 Stipendien geschaffen.

So konnten schon während der ersten 6 Jahre 232 Studenten das Ruskin College besuchen.

Die Gegenstände des Unterrichts sind hauptsächlich mündlicher und schriftlicher Ausdruck, Grammatik und Arithmetik, Nationalökonomie und Wirtschaftsgeschichte, politische und Verfassungsgeschichte, Soziologie, Entwicklungslehre, und Geologie. Ueber den Arbeitseifer der Studenten des Ruskin College herrscht nur eine Stimme.

In Arbeiterkreisen ist man sehr befriedigt darüber, daß die früheren Studenten des Ruskin College nicht aus ihrem Stande herausgetreten sind. Die Arbeiter, die auf das Ruskin College entsandt werden, sollen sich selbst auf eine höhere Bildungstufe heben, um alsdann ihrer ganzen Klasse beizustehen, sich ebenfalls höher zu entwickeln. Die Arbeiterklasse braucht dringend verständige und gebildete Führer. Sie wünscht, um ein in englischen Arbeiterkreisen häufig gebrauchtes Wort zu wiederholen, „aus ihren eigenen Reihen die für die Führerschaft nötigen Vergabungen (the brains necessary for leadership)“ herauszuheben. Sie braucht industrielle Führer und Meister in der Genossenschaftsbewegung; sie braucht auch politische Führer, um in Parlament und in den kleineren Selbstverwaltungskörpern vertreten zu werden. Sie braucht endlich für ihre mannigfachen andern Organisationen und Bestrebungen gebildete Führer und Betreuer. Alle diese Führer heranzubilden, dazu soll das Ruskin College dienen. Bisher hat es diese Aufgabe treulich erfüllt, soweit sich dies nach der Zarigkeit eines Jahresberichts beurteilen läßt.

Nicht unerwähnt dürfen die Arbeiterklubs bleiben, die für das Volksbildungswesen keine ganz geringe Bedeutung besitzen haben.

Die ersten englischen Arbeiterklubs wurden mit Hilfe von Lord Brougham, dem alten Förderer des Volksbildungswesens, ferner des Lord Shaftesbury und anderer Freunde und Gönner zu Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts begründet. Ihr Zweck war in erster Linie, den Verkehr der Arbeiter untereinander nach getaner Tagesarbeit zu fördern und ihnen außerhalb der Schamwirtschäften die Möglichkeit zur Erholung zu bieten. Bald nach der Begründung der Arbeiterklubs machten die Zuspriecher der gänzlichen Abstinenz den Versuch, sie zur unbedingten Enthaltensamkeit von allen alkoholischen Getränken zu veranlassen. Wo ein Klub sich auf solche Bestimmungen einließ, mußte er jedoch erleben, daß die Zahl seiner Mitglieder schnell zurückging. Die Arbeiter wollten eben nur in Klubs kommen, wo sie

auch die Möglichkeit hatten, ein Glas Bier zu trinken. Alkoholische Ausschreitungen dagegen sind in den Arbeiterklubs niemals gestattet oder gar gefördert worden. In den Arbeiterklubs, von denen gegenwärtig in England etwa 1400 mit insgesamt ungefähr 1/2 Million Mitgliedern bestehen, werden sowohl alkoholische als alkoholfreie Getränke ausgeschenkt. Auch kann man dort billig Speisen erhalten. Der Zutritt ist jedoch nur den beitragszahlenden Mitgliedern gestattet.

Wo Bildungsbestrebungen an solche Klubs angeschlossen wurden, nahmen letztere häufig den stolzen Namen eines „Instituts“ an. Zuweilen hat man unternommen, alle religiösen, politischen oder sozialen Parteifragen aus ihren Verhandlungen auszuschalten. Indessen ist dieser von den Gönnern aus der Mittelklasse gemachte Versuch meist fehlgeschlagen, da gerade die regsameren Elemente der Arbeiterschaft sich Verhandlungen fern hielten, die geistig ganz farblos gehalten werden sollten. Wo eine unparteiische Leitung fehlte, konnte es allerdings nicht ausbleiben, daß ein solcher Klub alsdann in ein bestimmtes politisches Fahrwasser geriet. So besteht denn heute in fast jedem größeren Bezirk ein radikaler sowie ein konservativer Arbeiterklub. Das politische Interesse wird dadurch sehr lebendig erhalten. Uebelstände hat dieses System hauptsächlich dadurch gezeigt, daß die großen politischen Parteien ebensoviel wie jüngere nach einem Sitze im Parlament begierige Politiker solche Klubs „als Teile einer strengen Parteiorganisation zu behandeln suchen“. Indessen treten diese üblen Wirkungen hauptsächlich nur während der Wahlkämpfe hervor.

Die englischen Arbeiterklubs sind in einem großen Zentralverbande, „Working Men's Club and Institute Union“, zusammengeschlossen, der in London seinen Sitz hat.

Die Zahl der angeschlossenen Vereine ist in den letzten Jahren im regelmäßigen und starkem Wachstum begriffen: 1905 betrug sie für England und Wales 1023 mit insgesamt 293860 Mitgliedern — 1909 dagegen 1311 mit insgesamt 388551 Mitgliedern. Die Zahlen für Schottland und Irland sind dagegen unerheblich. Der Zentralverband sucht die gemeinschaftlichen Interessen der einzelnen Klubs auf den verschiedensten Wegen zu fördern. So unterhält er eine große Bibliothek, aus der die sämtlichen angeschlossenen Arbeitervereine, aber nur diese, Bücher entleihen können.

Der Zentralverband der Arbeiterklubs trägt auch seinerseits für die Beschickung des Ruskin College mit geeigneten Männern Sorge. In seinem letzten Jahresbericht sind zwei Stipendien für den Besuch des Ruskin College ausbezahlt. Die Bewerbung darum steht jedem Mitgliede eines der angeschlossenen Arbeiterklubs frei, falls es diesem seit mindestens einem Jahre angehört.

Der obligatorische-paritätische Arbeitsnachweis,

wie er heute ist, aber nicht sein soll.

Die Frage des paritätischen Arbeitsnachweises ist in letzter Zeit wieder verschiedentlich erörtert worden und auch der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes Leipart hat vor einiger Zeit für das Obligatorium im paritätischen Arbeitsnachweis eine Lanze gebrochen. Das ist weiter nicht verwunderlich, wenn man die Stellung des Holzarbeiterverbandes zum obligatorisch-paritätischen Arbeitsnachweis kennt. Interessant dürfte es aber doch noch einmal sein, die Frage zu behandeln, ob denn der obligatorisch-paritätische Arbeitsnachweis in seiner heutigen Beschaffenheit wirklich als Ideal betrachtet werden kann und ob derselbe geeignet ist, eine Verbesserung in der Arbeitsvermittlung herbeizuführen.

Schon im Jahre 1907 hatte eine Konferenz wegen des paritätischen Arbeitsnachweises stattgefunden. Der

Arbeitgeber-Schutzverband lehnte jedoch die auf dieser Konferenz getroffenen Vereinbarungen ab, weil darin das Obligatorium vorgeesehen war.

Die paritätischen Arbeitsnachweise sind noch eine neuere Einrichtung, die sich ohne Zweifel bewähren dürfte, wenn dieselben paritätisch, d. h. unparteiisch gehandhabt werden. Was aber an den paritätischen Arbeitsnachweisen verurteilt werden muß, ist das Obligatorium bei denselben.

Sobald das Obligatorium bei einem paritätischen Arbeitsnachweis eingeführt wird, verliert der Arbeiter damit die freie Verfügung über sich selbst, dort arbeiten zu wollen, wo es ihm beliebt, und wird dadurch zu einer Nummer degradiert. Ob ein solcher Zustand zweckmäßig ist, darf wohl mit Recht bezweifelt werden.

Heute liegen die Verhältnisse in der deutschen Holzindustrie so, daß der sozialdemokratische Holzarbeiterverband als der Stärkere durch diese obligatorisch-paritätischen Arbeitsnachweise das Monopol der Vermittlung erhält. Und was es heißt, wenn dieser das Monopol in den Händen hat, kann nur derjenige ermessen, der schon Gelegenheit hatte, die Praktiken solcher Nachweise kennen zu lernen.

Die Erfahrungen, die man bis heute mit den obligatorisch-paritätischen Nachweisen gemacht hat, sind nicht geeignet, das Mißtrauen gegen diese Nachweise zu beseitigen. Daher ist es auch leicht verständlich, wenn Andersorganisierte und insbesondere wir als Gewerksvereiner nicht an die Parität dieser Nachweise glauben, sondern mit Recht dieselben als Agitationsbureaus des Holzarbeiterverbandes betrachten.

Ich werde in meinen ferneren Ausführungen den Beweis dafür erbringen, daß die Vermittlung nicht unparteiisch, sondern partiell gehandhabt wird, wie sie schlimmer in den Zwangsarbeitsnachweisen der Unternehmer nicht in Erscheinung treten kann. Mit Recht hat deshalb der Gewerksverein der Holzarbeiter auf seinem letzten Delegiertentage eine Resolution angenommen, die die obligatorisch-paritätischen Arbeitsnachweise verwirft. Diese Resolution hat es auch dem Holzarbeiterverbande angefallen, und in der Nr. 33 der Holzarbeiterzeitung von 1911 finden wir am Schluß eines Artikels über den paritätischen Arbeitsnachweis folgenden Satz: „Der obligatorisch-paritätische Arbeitsnachweis ist eine nützliche Einrichtung, die sowohl im Interesse der Unternehmer, wie der Arbeiter liegt und die Klagen der Sonderorganisationen, die ihre außerhalb des Zweckes der Arbeitsvermittlung liegenden Wünsche nicht erfüllt sehen, können uns von dieser Auffassung nicht abbringen.“

In diesem Passus schreibt man also gerade das Gegenteil, was man bisher beobachten konnte, nämlich, daß nicht andere Organisationen, sondern der Holzarbeiterverband es ist, der seine besonderen Zwecke damit verfolgt. Wenn der Holzarbeiterverband nicht einen besonderen Zweck mit dem Obligatorium verfolgte und nicht selbst das größte Interesse daran hätte, würde er es sich nicht einen 33 wöchentlichen Kampf in Hamburg haben kosten lassen, um das Obligatorium zu erreichen.

Jedenfalls beweist dieser Kampf zur Genüge, daß der Holzarbeiterverband ein ganz besonderes Interesse an diesen Nachweisen besitzen muß. Der obligatorisch-paritätische Arbeitsnachweis in seiner heutigen Gestalt ist nichts anderes, als ein Agitationsbureau des Holzarbeiterverbandes und ein Maxregulationsbureau für Andersdenkende. Solange der Holzarbeiterverband die Macht in den Händen hat, muß jeder rechtl. denkende Mensch einen solchen Nachweis verurteilen.

Ich will nun einmal die Verhältnisse auf dem obligatorisch-paritätischen Arbeitsnachweis in Bremen beschreiben, um den Nachweis zu erbringen, daß das Vorbergaugte vollständig zutrifft. Dieser Nachweis befindet sich ebenfalls unter der Verwaltung des Holzarbeiterverbandes und des Arbeiterschutzesverbandes.

Schon im Sommer des vorigen Jahres ist in der „Eiche“ gerade auf die Praktiken dieses Nachweises

Das Umwandeln der Oberfläche und des Gefüges von Antholz.

(Schluß).

Zu Aberracht der beschränkten Zahl von Holzarten, welche sich zur Fabrication von Möbeln und sonstiger innerer Ausattung verwenden lassen und nach dem Fertigmachen bei mäßigen Kosten eine feine Maserung und Farbe erhalten, sind die Versuche, durch geeignete Behandlung billiger Holzarten eine schönere Maserung und Farbe zu erzielen, von allgemeinem Interesse. Die Furnierschneidemaschine liefert bis jetzt das einzige Mittel, welches die Verbesserung der teuren Hartholzer zur Innenausattung in ausgedehntem Maße ermöglicht. Es erwachsen große Schwierigkeiten, welche Holzarten darauf zu behandeln, daß man Imitationen von teurem Hartholz erhält. Die gleichen Hindernisse treten dem Maler bei seinen Versuchen, Holz zu beizen und zu färben, um in der hier in Frage kommenden Richtung Erfolge zu erzielen, entgegen. Sämtliche existierende Verfahren können zu diesem Zwecke zur Befriedigung führen, insofern wird die richtige Maserung und das Gefüge im Holz fehlen, so daß niemand durch derartige Imitationen getäuscht werden kann. Man hat die genannten Hindernisse gemacht, die Poren der betreffenden Holzarten mit Porenfüllmitteln anzu- füllen, damit die Beize eine bessere Wirkung erzielen sollte. Aber selbst im besten Falle war die Maserung ungenügend. Die natürliche Maserung ist es, welche den Maler, Tischler- und anderen Holzarten ihre Schönheit verleiht. In den Händen eines außer-

ordentlich geschickten Fachmannes ist es möglich, eine Maserung zu erhalten, daß eine Täuschung möglich ist; der gewöhnliche Maler dagegen kann keine derartige Arbeit liefern. Außerdem ist die Haltbarkeit des gebeizten Holzes gering; wenn die Beize auf der Oberfläche schadhaft wird, tritt die Imitation sofort zutage. In den letzten Jahren ist die Behandlung von weichem und sehr porösem Holz mit aus mineralischen Stoffen bestehenden Porenfüllmitteln, um dem Holz eine geeignetere Oberfläche zu geben, vielfach versucht worden, weil man annahm, daß mit entsprechend gefärbten Porenfüllmitteln eine haltbare künstliche Maserung erzielt werden könnte. Ein derartiges Verfahren hat sich jedoch nicht bewährt.

Man muß gesehen, daß im allgemeinen die Behandlung der Holzoberflächen noch eine Zukunft hat. Jeder, welcher mit der Bearbeitung von Holz zu tun hat, hat Interesse an diesem Gegenstand. Der Vorrat von Hartholz, welcher zur Herstellung von Furnieren verwendet werden kann, reicht kaum noch aus. Wenn ein Verfahren ausfindig gemacht werden sollte, mittels dessen billige Holzarten in vollkommene Imitationen von teurem Holzarten umgewandelt werden könnten, so würde dies von unbeschreibbarem Werte sein. Derartig behandeltes Holz würde aber ohne Zweifel mehr zur Herstellung von Furnieren als in massiver Form benutzt werden. Beispielsweise würden massive Türen, welche Mitterungsstellen aufweisen, ihre Form und ihr Aussehen bei weitem nicht so lange beibehalten als in geeigneter Weise furnierte Türen.

Man hat auch versucht, das aus Holzstoff herge-

achte Holzstoff hergestellte Holz zu verwenden. Man hatte angenommen, daß dieses bei entsprechender Behandlung sämtliche Schönheiten des wirklichen Holzes zeigen würde. Vor Jahren, als der Holzstoff im Handel erschien, prophezeute man, daß die weichen und in großen Mengen vorhandenen Hölzer einen vollkommenen Ersatz der Hartholzer liefern würden. Auch glaubte man, daß das aus Holzstoff hergestellte Holz die Holzschneider überflüssig machen würde; man hat auch tatsächlich nach dieser Richtung hin ausgezeichnete Arbeiten geliefert.

Bei dem aus Holzstoff angefertigten Gegenständen gibt es jedoch keine Maserung; diese muß vielmehr durch Färben und Beizen erzielt werden. Beim Kochen und Pressen der Masse in Formen wird dem Holz jedes Leben, jede Maserung und Aussehen genommen; zur Herstellung könnten auch mit gleichem Resultat Lumpen und Stroh benutzt werden. Fabrikanten und Chemiker haben viel Zeit und Arbeit verschwendet, um ein Produkt zu erhalten, welches die natürlichen charakteristischen Merkmale frisch gefällten Holzes besitzt und welches sich polieren und fertig machen läßt ohne Benutzung von Beizen und Farbstoffen. Alle Mühe war jedoch vergeblich. Es hat sich hier wieder gezeigt, daß sich die Natur nicht vollkommen nachahmen läßt. Die schöne Farbe einiger Holzarten, die prächtige Maserung und der Glanz nach dem Fertigmachen sind Geheimnisse, welche die Natur dem Menschen nicht ohne weiteres verrät. Wir wollen jedoch hoffen, daß es dem Menschen dennoch gelingt, der Natur diese Geheimnisse abzulauschen, und daß auf dem vorstehend behandelten Gebiete recht bald günstige Erfolge erzielt werden.

hingewiesen worden. In dem Regulator dieses Nachweises steht unter anderem der Passus, daß derjenige, der sich vorher mit einem Arbeitgeber in Verbindung setzt, 4 Wochen ausgesperrt werden kann. Von diesem Recht hat der Vermittler des Holzarbeiterverbandes gegen 2 unserer Kollegen im vorigen Sommer Gebrauch gemacht ohne Grund und Ursache, nur weil sie Gewerksvereiner waren. Warum ferner die Organisationszugehörigkeit und sogar die Mitgliedsnummer auf diesem Nachweis angegeben werden muß, ist ein Rätsel, das zu lösen wir dem Holzarbeiterverband überlassen müssen. Mein Denkvormogen geht nicht soweit, um diese Bedingungen mit dem partiellischen Arbeitsnachweis in Einklang bringen zu können.

Im Dezember 1911 trug sich nun wieder einer unserer Kollegen, ein Seilmacher, auf diesem Nachweis ein, um Arbeit zu erhalten. Zwei Tage später trug sich ein anderer, der im Holzarbeiterverband organisiert war, ebenfalls ein. Während für unseren Kollegen keine Arbeit vorhanden sein sollte, wurde der Letztere sofort vermittelt.

Als wir uns über diese partielle Handhabung beschwerten, erklärte der Vermittler des Holzarbeiterverbandes am anderen Tage unserem Kollegen, er erhielte überhaupt keine Arbeit und bestritt ganz entschieden, nicht ordnungsmäßig vermittelt zu haben. Daraufhin richtete ich an den Arbeitgeberschutzverband eine Beschwerde, und dieser stellte fest, daß dieselbe berechtigt war und die Vermittlung nicht ordnungsmäßig gehandhabt worden sei. Als man dann unseren Kollegen zu Anfang dieses Jahres mit noch einem anderen doch vermitteln mußte, ließ der Vermittler diese beiden Kollegen zunächst zu sich herkommen, und forderte dieselben auf, überzutreten, da das Arbeiten sonst ja doch keinen Zweck hätte. Einem anderen unserer Kollegen erging es ein paar Tage später ebenso. So sieht die vielgerühmte Parität in einem obligatorisch-partiellischen Arbeitsnachweis aus, wo der Holzarbeiterverband die Vermittlung in den Händen hat. Wer will denn bei einer solchen Verwaltung noch Vertrauen zu einem solchen Arbeitsnachweis haben?

Wenn man solche Erfahrungen mit dem obligatorisch-partiellischen Arbeitsnachweis macht, ist das Mißtrauen gegen denselben wohl voll und ganz berechtigt und es ist schon ein starkes Stück, einen solchen Nachweis als Ideal hinzustellen und zu empfehlen. Nicht nur bei Andersorganisierten, sondern auch bei den Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes hat man kein Vertrauen zu dem Nachweis, wie die verschiedenen Radausgaben auf dem Bremer Nachweis bewiesen haben.

Solange solche Zustände bestehen, muß mit allen Kräften gegen die Einrichtung von obligatorisch-partiellischen Arbeitsnachweisen gemacht werden. Jedenfalls sind dieselben kein Regulator für den Arbeitsmarkt, wie die „S o l z a r b e i t e r z e i t u n g“ schreibt, sondern sie dienen dazu alle nicht, im Holzarbeiterverbande organisierten Arbeiter in diesen hinein zu pressen, und wenn dieses nicht gelingt, diese solange broilos zu machen, bis dieselben sich schon von selbst dazu verstehen, in den Holzarbeiterverband einzutreten, um überhaupt Arbeit zu erhalten.

Alle gegenteiligen Behauptungen nützen deshalb auch solange nichts, bis man sich auf jener Seite von selbst dazu bequemt, für eine unparteiische Verwaltung Sorge zu tragen und dadurch das Mißtrauen zu beseitigen. Die Zwangsarbeitsnachweise der Unternehmer sind jedenfalls nicht schlimmer als die unter Verwaltung des Holzarbeiterverbandes stehenden obligatorisch-partiellischen Arbeitsnachweise.

Aus diesen Gründen verurteilen auch wir als Gewerksvereiner den Nachweis. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es nicht Aufgabe einer Arbeiterorganisation sein kann, das, was man bei dem Unternehmer verurteilt, selbst einzuführen und dadurch den freien Willen des Arbeiters gänzlich zu unterdrücken. Es giebt auch Mittel und Wege, ohne das Obligatorium eine vollendete Statistik zu erzielen. Dazu bedarf es keiner Institution, die unter dem Deckmantel der Parität eigene Zwecke verfolgt und noch dazu mit dem Gelde der Unternehmer, die doch die Kosten für diese Arbeitsnachweise mit aufzubringen haben.

H e r m. M e s s l a t, Bremen.

Rundschau.

Ein Rundschreiben des Reichsversicherungsamtes an die Berufsgenossenschaften. Da manche Berufsgenossenschaften darauf ausgehen, auf Kosten der Krankenkassen Ausgaben von sich abzuwälzen, was infolge mancher langwieriger Auseinandersetzungen auf dem Verwaltungsweg oft zum Nachteile der Heilungsberechtigten anläßt, hat das Reichsversicherungsamt im Dezember 1911 ein Rundschreiben an die Berufsgenossenschaften erlassen, worin auf Beseitigung dieses Uebelstandes gedrängt wird. Das Rundschreiben hat folgenden Wortlaut zur Begründung praktischer Leitfäden: „Das Reichsversicherungsamt ist seit Jahren bemüht gewesen, bei den Berufsgenossenschaften auf eine erfolgreiche Gestaltung des Heilverfahrens in der Wartzeit, d. h. in den ersten dreizehn Wochen nach dem Unfälle, hinzuwirken. Rasche Hilfe ist förderlicher als langes Befinnen. Nicht Geldunterstützung der durch Unfall Verletzten ist die höchste Aufgabe der Berufsgenossenschaften. Diese ist vielmehr den Verletzten die verlorene Leistungsfähigkeit und damit die Arbeitsfreudigkeit möglichst bald und möglichst vollkommen zurückzugeben. Mit vollem Verständnis, auch für den günstigen Einfluß solcher Maßnahmen auf die Belastung, sind schon zahlreiche Berufsgenossenschaften

den Anregungen des Reichsversicherungsamtes gefolgt. Auch die in einzelnen Teilen des Reichs zur Erleichterung örtlicher Aufgaben gebildeten berufsgenossenschaftlichen Vereinigungen haben den Ausbau des Heilverfahrens erfreulich gefördert. Bei ihnen haben sich insbesondere Vereinbarungen mit den bereitwilligen Krankenkassen behufs allgemeiner Uebernahme des Heilverfahrens in bestimmten Verletzungsfällen bewährt. Gleichwohl bestehen, vor allem auf dem Lande, noch Mängel auf dem Gebiete des Heilverfahrens. Bei einer erheblichen Zahl entschädigter Betriebsunfälle haben nicht unabänderliche und unvermeidliche Unfallsfolgen, sondern ein unzureichendes oder zu spät eingeleitetes Heilverfahren die Höhe der Rente ungünstig beeinflusst. Diese Erfahrungen haben viele aus langjähriger Beobachtung hierfür besonders sachverständige Kräfte beschäftigt. Im gleichmäßigen Interesse der Verletzten und der Berufsgenossenschaften ist es daher dringend erwünscht, daß im Heilverfahren in Zukunft noch umfassender und planmäßiger vorgegangen wird. Zu diesem Zwecke werden die angeschlossenen, hier ausgearbeiteten Leitfäden von besonderer Bedeutung sein. In wiederholten eingehenden Verhandlungen des Reichsversicherungsamtes mit Vertretern der Berufsgenossenschaften, der Versicherten und der Kräfte, auch der Kassenärzte, wurde über den Inhalt dieser zunächst für die gewerbliche Unfallversicherung bestimmten Leitfäden in allen wesentlichen Fragen Einverständnis erzielt. Die Leitfäden geben allgemeine Richtlinien. Die einzelnen berufsgenossenschaftlichen Verwaltungen werden unter Berücksichtigung ihrer besonderen Verhältnisse und Bedürfnisse hieraus das für sie Geeignete zu entnehmen haben. Das Reichsversicherungsamt strebt keine schablonenhafte Behandlung, sondern ein dem einzelnen Fall angepaßtes Verfahren an. Verständnisvoll angewandt, werden die Leitfäden dazu beitragen, durchgehend ein wirksames Heilverfahren zum Vorteile für alle Beteiligten sicherzustellen.“

Vom Segen der Betriebskrankenkassen. Unter dieser Ueberschrift teilt das „Sächsisches Volksblatt“ vom 9. Dezember 1911 folgenden Fall mit: Ein Arbeiter in Kriebitzsch in Sachsen, in dessen „guter Stube“ ein Diplom „Für Treue in der Arbeit“ hängt, das er „in Anerkennung 25 jähriger ununterbrochener treuer Dienstleistung“ erhalten, war nach 33 1/2 jähriger Tätigkeit erkrankt und ziemlich ein Jahr lang krank gewesen. Als er sich wieder zur Arbeit meldete mit der Bitte, ihm leichte Arbeit zuzuwenden, wurde er zunächst von einem Betriebe zum andern geschickt. Endlich erklärte ihm die Fabrikdirektion schriftlich, die Fabrikarbeit könne ihm bei seinem Leiden zwar schädlich sein, trotzdem wolle sie ihn jedoch am Querschnitt für 2,50 M. je Schicht beschäftigen, wenn er eine Bescheinigung vom Ortsvorstand beibringe, daß er nicht Mitglied der Betriebskrankenkasse zu sein brauche. Persönlich habe der Direktor noch erläutern hinzugefügt, der Arbeiter hätte die Kasse in ungewöhnlicher Weise ausgenutzt; Rheumatismus könne immer wieder kommen; als Vorsitzender der Krankenkasse müsse er, der Direktor, dafür sorgen, daß die Kasse nicht so ausgenutzt werde. — Einen alten, beschränkt arbeitsfähigen Mann, der sein ganzes Leben lang alle seine Kräfte eine Firma gewidmet hat, zu zwingen, im Krankheitsfalle die Armentasse in Anspruch zu nehmen, das ist allerdings ein Fall, der bei gemeinsamen großen Ortskrankenkassen nicht vorkommen könnte.

Die Erörterung politischer Angelegenheiten. Diese vielumstrittene Frage wurde vom preussischen Kammergericht gelegentlich der Aufhebung eines Urteils des Landgerichts Kottbus wegen angeblicher Uebersetzung des Vereinsgesetzes unter Hervorhebung nachstehender Gesichtspunkte kommentiert: Daß Mängel der Gesetzgebung mit dem Ziel einer Gesetzesänderung erörtert werden, genügt noch nicht, um die „Versammlung“ zu einer politischen zu machen. Dieses Ziel erstreben durch das gleiche Mittel auch der Deutsche Juristentag, die Tagungen der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung und ähnliche Veranstaltungen, die bloß um dieses Ziel und dieses Mittels doch noch niemand für politische Versammlungen erklärt hat. Daß theoretische Erörterungen praktische Zwecke erstreben, die nur durch eine Gesetzesänderung verwirklicht werden können, macht allein noch nicht die Versammlung, in der die Erörterung stattfindet, zu einer politischen. Nicht die letzten Ziele der Erörterung entscheiden; es kommt nicht darauf an, daß die Verhandlung einer Frage die Hörer geneigt machen soll, in einem bestimmten Sinne zu wirken, der auf eine Gesetzesänderung hinausgeht. Notwendige Voraussetzung für den Begriff der „politischen“ Angelegenheiten ist vielmehr immer die direkte Absicht, unter Beeinflussung der staatlichen Funktionen vorzugehen und gerade auf diesem Wege das gesteckte Ziel zu erreichen.

Technisches.

Das leichteste Holz der Welt.

An den sandigen, binsenreichen Ufern des Tschadsees (Sudan) wächst ein strauchartiger, bisher allgemein noch unbekannter Baum, der nur in der Botanik als *Hemimiera elaphroxyton* bekannt ist. Derselbe erreicht eine Höhe von 4—5 Meter; sein Stamm hat an der Wurzel einen Durchmesser von 20—30 Zentimetern und verzweigt sich nach oben. Das Gewicht und die Dichtigkeit seines Holzes stehen sogar noch hinter Reis zuruck. Aber der Eingeborenen hat dieser Baum verschiedene Namen, und er spielt in ihrem Leben

eine große Rolle. So bedienen sie sich des Maraholzes, um den Verkehr zwischen den zahllosen Inseln in jenem Teil des Tschadsees zu erleichtern. Die Kuris stellen eine Art Schwimmer her, der aus einer langen Stange dieses Holzes besteht. Der Durchmesser dieses primitiven Schwimmergerätes beträgt nur 12 bis 15 Zentimeter bei einer Länge von etwa 2,20 Meter. Das Holz wird dann bogenartig gekrümmt und verzweigt sich nach vorn. Auf diesem Schwimmergerät reitet der Kuri im Wasser wie auf dem Pferde, wobei er die Hände oder die Füße zum Fortbewegen benützt. Die Spitze dieses Schwimmergerätes ragt 30 bis 40 Zentimeter über dem Wasserspiegel und vermag leicht noch ein Kind zu tragen. Mit Hilfe solcher Schwimmerholzer durchqueren die Kuris mühelos Wasserarme von 1200—1500 Meter Breite: während der Fahrt trägt der Krieger seine Waffen und Kleidungsstücke auf dem Kopfe. Am Lande wird das Schwimmerholz auf der Schulter getragen. Auch zur Herstellung von Kriegsschildern wird das Holz verwendet, dessen Faserung dem Eindringen von Lanzenspitzen und Schwerkräften einen überraschend großen Widerstand entgegensetzt.

Nutzholzbäume Deutsch-Südwestafrikas.

Die Baumarten dieses Gebietes sind meist sehr widerstandsfähig gegen ungünstiges Klima und andere Feinde, ihr Wachstum ist nicht üppig, die Samenbildung reichlich, die ganze Pflanze an Trockenheit angepasst. Die meisten der südwestafrikanischen Bäume werfen ihr Laub im Winter ab. Als Schutzmittel gegen die Tiere haben sie Gerbstoff in der Rinde, viele sind auch mit Dornen bewaffnet. Gegen Heuschrecken und Ziegenherden aber nützen alle natürlichen Schutzmittel nichts. Die wichtigsten Nutzholzararten sind nach Oberförster Pogge („Zeitschr. f. Jagd- u. Forstwesen“ 1910) folgende: Eine Tamariske (*Tamarix austroafricana*) ein Busch oder Baum bis 7 m Höhe, von pyressenartigem Aussehen, eine für die Bindung des Flugandes wichtige Pflanze, da sie sich durch Absenker leicht vermehren läßt. Die jungen Triebe werden von Werten, Rindern und Kamelen gern gefressen. Als Wasser anzeigend gelten der *Zizyphus macronatus* und der Ebenholzbaum (*Euclea pseudobona*). Ersterer hat zähes Holz und wird im Sand zu Weichseln und Fochscheiden verarbeitet, ferner zu Bogen. Letzterer hat kohlen schwarzes Kernholz, das sich für Kunstschüler und Drechsler vorzüglich eignen würde. Vom wilden Feigenbaum (*Ficus damarensis*) werden die jährlich zur Reife kommenden Früchte sehr geschätzt. *Combretum primigenum*, als Opfer- und Ahnenbaum den Hereros heilig, hat sehr hartes und festes Holz, ist als Nutzholz sehr hochwertig, kommt aber nur zerstreut vor. Das Holz der *Mopane* (*Copaifera mopana*) ist sehr hart und widerstandsfähig, mahagoniartig, nimmt hohe Politur an. Der Bast wird von den Eingeborenen zum Binden und Gerben verwendet. Sonst sind es lauter Akazien, die von Pogge als Nutzholzbäume aufgeführt werden. Die Gummiakazie (*Acacia horrida*) im Beishuanenlande bildet dicke, reine Waidbestände, wirkt bodenverbessernd, hat große Ausdehnungsfähigkeit und bildet durch seine weitverzweigten Wurzeln einen so wichtigen Uferschutz, daß die Ausbreitung der Wälder nicht rasam erscheint, trotzdem das Holz mancherlei Verwendung finden könnte. Das Gummiharz dient in der Winterzeit als Nahrung. Die Giraffen-Akazie (*Acacia giraffae*) liefert sehr wertvolles braunrotes Drechsler- und Tischlerholz. Die Föhle, aus seinem Kernholz verfertigt, gelten als „termitenfester“. Die Eingeborenen stellen ihre Wursteulen daraus her.

Den Dastardorn (*Acacia maras*) hält B. für die einzige Akazie des Schutzgebietes, deren Anbau sich lohnen würde. Das Holz gilt als das beste Nutzholz unter den dort vorhandenen Akazienarten (besonders von Wagenbauern geschätzt, ferner für Drechsler- und Tischlerarbeiten wertvoll). Die *Anaakazie* (*Acacia albida*) liefert in der Anahülse ein vorzügliches Futter für Groß- und Kleinvieh, ist für Färmen sehr wichtig.

Patentschau.

(Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin-Nichtenberg, Schefelstr. 10. — Auskünfte kostenlos.)

Angemeldete Patente:

- RI. 34 g. K. 45 256. In ein Bett umwandelbarer Lehnhstuhl, bei welchem Rückenlehne und Sitz in eine wagerechte Lage umgeklappt werden können. Charles Sol. Rindel, Chicago, Ill., U. St. A. Aug. 25. 7. 10.
- RI. 37 d. H. 50 923. Schiebefenster mit Brekrahmen. Halasz-fels Szabadalmakat Ertokositó Rézsyény-Társaság, Budapest. Aug. 11. 6. 10.
- S e b r a u c s m u f t e r :
- RI. 34 i. 491 031. Rulisse für runde und ovale Ausziehtische. Marle & Co., Beynburg. Aug. 6. November 1911.
- RI. 34 i. 491 546. Notizpult. G. Hendrichs, Worms. Aug. 4. Dezember 1911.
- RI. 34 g. 492 274. Beilgestell mit zusammenklappbaren Seitenstücken. Ad. Kollbrunner, Bellheim-Winterthur, Schweiz. Aug. 15. 12. 11.
- RI. 34 i. 492 122. Auswechselbare und leicht desinfizierbare Tischplatte. Frau Jennu Rath, Odenstädt. Aug. 13. 12. 11.
- RI. 38 b. 492 404. Polzbohrfräser. J. Grunow, Spandau. Aug. 21. 10. 11.

Hygienisches.

Rassenpsychologie und Unfallkrankheiten.

Von Dr. med. Janauer, Frankfurt a. M.

(Nachdruck verboten.)

Seit dem Inslebentreten des Unfallversicherungs-gesetzes ist eine Krankheit sehr häufig in die Erscheinung getreten, die man früher sehr selten beobachtet hat, nämlich die sogenannte traumatische Neurose, das ist besonders eine Unfallnervenkrankheit, deren schwere Symptome oft in einem derart schreckendem Mißverhältnis stehen zu den nachweisbaren objektiven Symptomen und der Schwere des Unfalls, daß man es bei dieser Krankheit zweifellos oft mit Ueber-treibung oder gar Simulation zu tun hat. Hin-sichtlich dieser Krankheit hat man nun im Unfall-krankenhaus zu Strassburg eine interessante Wahr-nehmung gemacht. Eine statistische Zusammenstellung der dort behandelten Unfallkrankheiten hat nämlich ergeben, daß die traumatische Neurose in ihren ver-schiedenen klinischen Formen bei den Italienern viel häufiger gefunden wurde, als bei den Deutschen. Man hat daraus den Schluß gezogen, daß das Ueber-wiegen dieser Krankheit bei den Italienern eine locale Veranlagung der lateinischen Rasse zu dieser Krankheitsform im Vergleich zu dem einheimischen Arbeiter beweise. Nach Ansicht Dr. Blinds, des Arztes des Unfallkrankenhauses, wäre jedoch auch die Möglichkeit gegeben, daß man in mehr oder minder hohem Grade dieser Disposition bei jeder Rasse be-genne, die vorübergehend ihrer Heimat, dem ge-wohnten Klima und den gewohnten Lebensbedingungen entziffen ist.

Aus den Ortsvereinen.

Berlin. (Modell- und Fabrikarbeiter.) Unsere erste Versammlung im neuen Jahre war ziem-lich gut besucht. Hatten wir doch für diesen Abend Herrn Dr. Andler zu einem Vortrage gewonnen über das Thema: „Soziale Strömungen der Gegenwart.“ Der geschätzte Redner verstand es, die Kollegen, welche mit ihren Damen erschienen waren, über eine Stunde bei diesem interessanten Thema zu fesseln. Eingehend das Wort sozial erklärend, worunter man alles, was sich auf das menschliche Zusammen-leben in Staat und Gesellschaft bezieht, versteht, teilte der Herr Referent die sozialen Strömungen ein in materielle oder wirtschaftliche (soziale Versicherung, Privatwirtschaft), in geistige (Volksschulen und Lehr-anstalten) und in politische. Unter der Bezeichnung sozial verstanden heute noch viele sozialdemokratisch. In den angelsächsischen Ländern kenne man wenig von der Sozialdemokratie. Auch die Bodenreform sei dort ziemlich unbekannt. Und doch sei es gerade diese Bewegung, welche auf sozialem Gebiete bahnbrechend geworden sei. Hätten wir es ihr doch zu danken, daß wir jetzt in Deutschland die Wertzuwachssteuer haben. In der heutigen Zeit werde mit dem Grund und Boden spekuliert, wie in keinem anderen Geschäftszweige. Und weil dadurch der Grund und Boden im Preise eminent gestiegen sei, werden auch die Mieten immer höher gedrückt. Muß doch der Arbeiter in großen Industriestädten ein Drittel seines Einkommens allein für Miete entrichten. Und was sind es oft noch

für Wohnungen? Wahre Brutstätten der Lungenüber-kulose. Anstatt mit dem Grund und Boden als Nationalgut zu spekulieren, müsse dafür Sorge ge-tragen werden, billige und gesunde Wohnungen zu beschaffen. Warum kämpfen denn unsere Arbeiter-organisationen? Kaum sind die Löhne etwas gestiegen, so werden Mieten und Lebensmittel wieder verteuert. Daß von den Organisationen schon viel positive Arbeit geleistet worden ist, verdiene Anerkennung, aber unser Volk hätte noch wenig von Volkswirtschaft und der-gleichen begriffen und es wäre in sozialer Beziehung noch viel praktische Arbeit zu leisten. — Der stürmische Beifall zeugte dafür, daß die Kollegen von den Aus-führungen des Referenten sehr befriedigt waren, was auch durch die Aufmerksamkeit und Ruhe der Anwesenden während des Vortrages bekundet wurde. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen W i k m a n n und G r u n d m a n n. Nachdem der Herr Referent noch ein kurzes Schlußwort gehalten, stattete der Vor-sitzende, Kollege K a r n a t h, dem Herrn Dr. Andler namens des Vereins den Dank ab und forderte die Anwesenden auf, sich zu Ehren des Vortragenden von den Plätzen zu erheben, was auch geschah. Nachdem noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, kam die Geselligkeit zur Geltung. Bei Tanz, Vor-trägen und Vorkabier blieben die Kollegen noch einige Stunden fröhlich beisammen und gingen befriedigt mit dem Bewußtsein nach Hause, einen schönen Abend im Verein mit ihren Kollegen verlebt zu haben.

Georg Berner, Schriftführer.

Berlin (Diskutierklub). In den jetzt statt-findenden Diskutier-Abenden (jeden Mittwoch Abend 8 1/2 Uhr im Verbands-haus Greifswalder Str. 221/23) wird die Unfallversicherung und ihre Umgestaltung durch die Reichsversicherungsordnung zur Besprechung kommen. Referent ist Verbandssekretär Neufiedt. Wir empfehlen den Kollegen den Besuch dieser Abende.

Literarisches.

Die Zuckerkrankheit, Wesen, Behandlung und Heilung schildert ein soeben neu erschienenes Buch von Dr. med. Georg Luda, dem insolge der großen Verbreitung und Gefährlichkeit dieser Krank-heit weiteste Verbreitung in allen Kreisen unseres Volkes zu wünschen ist. Die Zuckerkrankheit oder, wie der Fachmann sagt, Diabetes, gehört zu den Krankheiten, die sich nach und nach im menschlichen Körper einnisten und die oft erst nach ziemlich langer Zeit, dann aber meist um so erschreckender, ihr wahres Gesicht zeigen. Gerade bei dieser Art Krankheiten kann sachgemäße Aufklärung und rechtzeitige Vorbeugung von allergrößtem Nutzen sein, und auch bei schon fort-geschrittenen Stadien wird der Kranke, wenn er das Wesen seines Leidens kennt, dieses viel leichter tragen und einem üblen Ende entgegenwirken können. Dr. Luda gibt eine anregend geschriebene und dabei leicht ver-ständliche Darstellung aller Fragen, die die Zucker-krankheit betreffen, schildert Symptome und Verlauf der Krankheit, ferner die verschiedenen Behandlungs-arten, wobei auch die verwerflichen Geheimmittel, durch die so viele harmlose Menschen schon zu Schaden ge-kommen sind, entsprechend unter die Lupe genommen werden. Jeder Diabetiker wird dem Verfasser dank-bar sein für die praktische Anweisung zur Bestimmung

des Zuckergehalts im Harn, sowie für die detaillierten Ernährungs-vorschriften usw. Das Buch, das jeder, der sich hinsichtlich seiner Gesundheit und speziell seines Verdauungsapparates nicht ganz fest fühlt, im eigenen Interesse lesen sollte, ist im Medizinischen Verlag Schweizer & Co., Berlin NW 87, zum Preise von 1,80 M. erschienen.

Briefkasten der Redaktion.

Liebenwerber. Nächste Nummer.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 4. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig

Bekanntmachungen des Hauptvorstandes.

Die Mitglieder der Begräbniskasse 5299 in Dirschau und 478 in Sprottau reflexieren mit den Beiträgen über die statutarische Frist. Erfolgt innerhalb 14 Tagen keine Begleichung derselben, so werden die Mitglieder gestrichen. Der Vorstand.

Die Bestellungen auf Formulare, Statuten-bücher und sonstiges Geschäftsmaterial müssen, wenn diese mit der Versendung der in gleicher Woche fälligen „Eiche“ erledigt werden sollen, bis spätestens Mittwochs vormittags in Händen des Bureaus sein.

Sterbetafel.

In den Monaten Oktober bis einschl. Dezbr. 1911 sind nachstehende Mitglieder resp. Frauen des Ge-wertvereins der Holzarbeiter Deutschlands gestorben:

Stammrollen-Nr. der Verstorbenen	Name der Verstorbenen	Name des Ortsvereins	Gezahlte Begräbnis-Unterstützung		
			Ortsvereinskasse	Stammrollenkasse	Begräbniskasse
1069	J. Feuchtenbeiner	Wiberaach	50	75	—
2488	J. Barnikel	Fürth	50	75	—
3098	R. Merten	Königsberg	—	—	90
4018b	Frau Deubler	Rudolstadt	—	—	144
3539	A. Wittmann	Mannheim	50	75	—
3279	E. Strub	Lauterbach	50	75	—
6177	G. Feinze	Leipzig	50	75	—
1031	R. Heninger	Wiberaach	50	75	—
5052	H. Schulz	Homburg	50	55	—
4849	H. Brosche	Thorn	50	75	90
4106	W. Goldfuß	Rudolstadt	50	35	—
3244	W. Keller	Laupheim	50	75	90
696	O. Weizner	Berlin	50	—	—
2666	W. Hoffmann	Görlitz	50	55	—
7b	Frau Künzel	Berlin	—	—	180
Summa			600	745	594

Ruhet in Frieden!

Berlin, den 31. Dezember 1911.

W. Zieffe, Hauptkassierer.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion des Lesers gegenüber nicht verantwortlich.

Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Versammlungskalender.

Samstag, 27. Januar 1912:

8 1/2 Uhr und Möbelarbeiter Abds. 8 1/2 Uhr, Kopenstr. 65, Bezirksversammlung.

Modell- u. Fabrikarbeiter Abds. 8 1/2 Uhr, S. Schröder, Steintur

Samstag, 3. Februar 1912:

8 1/2 Uhr und Möbelarbeiter Abds. 8 1/2 Uhr, S. Reich, Petersburger Str. 55, Jahlabend.

Bez. Nord und Bastischler Abds. 8 1/2 Uhr, Straßburger 143

S. Kautschuk, Bezirksversammlung

Bez. Südost und Kleberarbeiter Abds. 8 1/2 Uhr, S. Kautschuk, Adelbergstr. 21, Bezirksversammlung.

Bez. Sieglitz Abds. 8 1/2 Uhr, im „Eichenschloß“, Schloßstr. 66, Bezirksversammlung.

Keine Beteiligung an den Versammlungen erlaubt.

Die Verwaltung.

Ortsverein Nirdorf.

Samstag, den 3. Februar 1912

8. Uhr, Sonntag, 4. Februar 1912

Versammlung.

8 1/2 Uhr, 9 Uhr, 10 Uhr, 11 Uhr, 12 Uhr

Keine Beteiligung an den Versammlungen erlaubt.

Die Verwaltung.

Ortsverein Nirdorf.

Ortsverein Nirdorf.

Ortsverein Nirdorf.

Ortsverein Nirdorf.

Soziale Kommission der Deutschen Gewerkvereine Groß-Berlin

Sonntag, den 28. Januar 1912, abends 6 1/2 Uhr im Verbands-haus der Deutschen Gewerkvereine Berlin NO 55, Greifswalder Str. 221 23 (großer Saal)

Unterhaltungsabend

bestehend in Rezitationen und musikalischen Vorträgen

Im Anschluss hieran gemütliches Beisammensein und Tanz

Eintrittskarten zu 30 Pf. inkl. Tanz sind in allen Bureaus und bei den Ortsvereinskassierern zu haben

Nr.	Sorte:	Preis:	Charakter:
5	Nigarillos	35,—	fein und würzig
6	Dr. Ray Fürth	45,—	würzig-angenehm
7	Paras	50,—	sehr aromatisch und fein
8	Selambia	55,—	würzig, pikant
9	Keval	75,—	hochrein und voll
10	Waldrieden	80,—	voll und sehr würzig
11	Zu wählen es nicht	40,—	mittelkräftig
12	Unsortierte	35,—	angenehm, mild

Einzelne vorstehende Zigarettenarten sind nur Mischungen aus feinen, reinen Havana-, Manila-, Fein-, Straß-, Borsiculanden-, Java-, amerikanische und r. Ersatztabaken angefertigt.

Bestellung für Süddeutschland: Jakob Seifert, Lindau i. Bodensee, Bärstergasse C. 40. Bestände nicht unter 100 Stück.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg

Dir. Karl Maibaum. Erstklassige, techn. u. kunstgewerbli. Lehranstalt mit Handelskursen. Grösste und anerkannt leistungsfähigste Privatschule der Branche. Hervorragende Erfolge in der Ausbildung und Stellenvermittlung. Im 8ten Schuljahre wurden von 78 stellesuchenden Absolventen 69 gleich nach Austritt aus der Schule engagiert. o Programme und illustrierte Broschüren umsonst.

Patentschau

Zusammengestellt v. Patentbüro O. Krueger & Co. Abschriften billigst, Auskünfte frei. Adr.: Berlin-Lichtenberg, Schellstrasse 10; Telefon Amt Lichtenberg 528. Oder Dresden, Telefon 341.

Der Tischlergeselle Otto Simon aus Järischau, geboren am 6. Novbr. 1877, wird gebeten, in wichtiger Angelegenheit seine Adresse dem Rechtsanwalt Kurzer in Striegau mitzuteilen.

5 bis 6 tüchtige Möbelschreiner bei dauernder Beschäftigung und hohem Lohn sofort gesucht. Näheres bei W. Krämer, Ebersach a. H.

Tüchtige Bau- und Möbeltischler für sofort nach Stolp gesucht. Näheres durch den Ortsvereins-ausschuß.

Mehrere tüchtige Tischler

auf lohnende und dauernde Arbeit für Sitzmöbelfabrik in Thüringen gesucht. Näheres durch die Exped. der „Eiche“.

Tüchtige Bau- und Möbeltischler

für größeren Betrieb finden dauernde Beschäftigung. Näheres durch den Ausschuß des Ortsvereins Dirschberg in Schlesien.

Tüchtige, selbständig arbeitende Modelltischler

für dauernde Stellung gesucht. Meldungen an das Arbeiter-sekretariat Bremen, Dovenor-Str. 70.